

# *Stenographischer Bericht*

## 8. Sitzung des Landtages Steiermark

---

XV. Gesetzgebungsperiode – 9. Mai 2006

### Inhalt:

#### Personelles:

Entschuldigt: LTAbg. Kainz, LTAbg. Konrad

1. Einl. Zahl 335/4

Schriftlicher Bericht, Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

Betreff: Selbständiger Ausschussantrag § 22 zu: 335/1

Berichterstatter: LTAbg. Prattes (000)

zu:

335/1 Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem auf Basis des Voranschlages 2005 geltenden Budgetprovisorium 2006 (1. Bericht für das Rechnungsjahr 2006).  
(Regierungsvorlage).

Redner: Landesrat Dr. Buchmann (000), LTAbg. Kaltenegger (000), LTAbg. Lechner-Sonnek (000)  
Beschlussfassung (000)

*Beginn der Sitzung: 10:06 Uhr*

**Präsident Schrittwieser:** Hohes Haus! Heute findet die achte Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind:       LTAbg. Klaus Konrad  
                                  LTAbg. Manfred Kainz

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.  
Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand? Das ist nicht der Fall.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir nun anlässlich des Europatages einige Bemerkungen zu diesem Europatag.

An diesem Tag gedenken wir des Werkes von Robert Schumann, Alcide de Gasperi und Konrad Adenauer. Diese haben in der Nachkriegszeit durch die Bemühungen ein gemeinsames Haus Europa zu bauen, dem Kontinent Europa den Frieden gebracht und damit ein neues Gesicht gegeben, das sich grundsätzlich vom Anfang des 20. Jahrhunderts unterscheidet.

Europa ist nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern auch eine Wertegemeinschaft, die Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte hochhält.

Wir können auf Europa nicht verzichten, wenn wir unsere Zukunft gestalten wollen. Europa ist im wahrsten Sinne des Wortes unverzichtbar geworden. Auch bei vielen berechtigten Kritiken kann die Institution Europa als solche nicht in Frage gestellt werden. Unsere Zukunft können wir nicht allein, sondern nur gemeinsam mit Europa bauen.

Unser Ziel muss es weiter sein, neben dem Friedensprojekt Europa und der Wirtschaftsunion an einem sozialen Europa für die 460 Millionen Menschen, die da leben, und wo hohe Arbeitslosigkeit herrscht, zu bauen.

Für dieses Ziel, meine sehr verehrten Damen und Herren, gibt es für uns gemeinsam noch viel zu tun.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Allgemeiner Beifall)*

Bevor ich in die Tagesordnung eingehe, darf ich eine Aufgabe wahrnehmen, die ich sehr gerne wahrnehme. Unsere 2. Landtagspräsidentin Frau LTabg. Walburga Beutl feiert am 06. Mai 2006 einen runden Geburtstag. Im eigenen Namen, was ich persönlich schon getan habe und namens des Steiermärkischen Landtages entbiete ich dir, liebe Frau Zweite Landtagspräsidentin, die herzlichsten Glückwünsche und wünsche Dir viel Gesundheit und Freude bei Deiner Arbeit. *(Allgemeiner Beifall)*

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass zehn schriftliche Anfragen gem. § 66 Abs. 1 GeoLT 2005 an folgende Regierungsmitglieder eingebracht wurden:

- LH Mag. Voves, betreffend Verbot des Bettelns „in nicht aufdringlicher Weise“ in Fürstenfeld, Einl.Zahl 453/1,
- LHStv. Schützenhöfer, betreffend Verbot des Bettelns „in nicht aufdringlicher Weise“ in Fürstenfeld, Einl.Zahl 454/1,
- LR Dr. Buchmann, betreffend Gipsabbauprojekt Weißenbach bei Liezen – Förderungen, Einl.Zahl 463/1,
- LHStv. Schützenhöfer, betreffend Förderung und Beteiligung an der Finanzierungshaftung der Therme Fohnsdorf, Einl.Zahl 464/1,
- LR Ing. Wegscheider, betreffend Gipsabbauprojekt in Weißenbach bei Liezen – UVP-Verfahren, Einl.Zahl 466/1
- LH Mag. Voves, betreffend Förderung und Beteiligung an der Finanzierungshaftung der Therme Fohnsdorf, Einl.Zahl 474/1,
- LR Mag. Edlinger-Ploder, betreffend Grazer Ring Straße B 67a – „Südgürtel“, Einl.Zahl 493/1,
- LR Mag. Edlinger-Ploder, betreffend Ortsumfahrung B 64 Weiz-Krottendorf, Einl.Zahl 494/1,
- LR Ing. Wegscheider, betreffend Betriebsverlängerung für das ungarische Atomkraftwerk Paks, Einl.Zahl 501/1, sowie
- LR Mag. Edlinger-Ploder, betreffend L 362 St. Ruprechterstraße, R 11 Raabtal-Radweg im Abschnitt Mitterdorf – St. Ruprecht a.d. Raab, Einl.Zahl 502/1.

Weiters wurden acht Anfragebeantwortungen gem. § 66 Abs. 3 GeoLT 2005 seitens der Regierungsmitglieder eingebracht:

- LR Mag. Edlinger-Ploder an die Abgeordneten Mag. Gerhard Rupp und Johannes Schwarz, betreffend Verbesserung der Situation der MedizinstudentInnen in der Steiermark, Einl.Zahl 207/2,
- LR Mag. Hirt an die Abgeordneten Ingrid Lechner-Sonnek und Mag. Edith Zitz, betreffend gesundheitliche Schäden durch Feinstaub, Einl.Zahl 328/2,
- LR Ing. Wegscheider an die Abgeordneten Ingrid Lechner-Sonnek, Mag. Edith Zitz und Peter Hagenauer, betreffend Feinstaub und Massentierhaltung, Einl.Zahl 338/2,
- LR Dr. Vollath an die Abgeordneten Franz Majcen und DDr. Gerald Schöpfer, betreffend Machbarkeitsstudie für die Ganztagschule, Einl.Zahl 342/2,
- LR Dr. Vollath an die Abgeordneten Ernst Gödl und Elisabeth Leitner, betreffend Dienstrecht für KindergartenpädagogInnen – Mediationsverfahren, Einl.Zahl 364/2,
- LR Ing. Wegscheider an die Abgeordneten Wolfgang Kasic und Eduard Hamedl, betreffend Erweiterung der Shopping-City Seiersberg, Einl.Zahl 412/2
- LR Ing. Wegscheider an die Abgeordneten Karl Petinger und Detlef Gruber, betreffend Einkaufszentren-Standortverordnung durch die Landesregierung, Einl.Zahl 413/2, und

- LHStv. Schützenhöfer an die Abgeordneten Franz Schleich und Karl Petinger, betreffend Einkaufszentren-Standortverordnungen durch die Landesregierung, Einl.Zahl 415/2.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 GeoLT 2005 über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß § 55 GeoLT.

Tagesordnungspunkt 1 und einziger Tagesordnungspunkt

**1. Bericht des Ausschusses für Finanzen über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 335/1, betreffend Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem auf Basis des Voranschlages 2005 geltenden Budgetprovisorium 2006 (1. Bericht für das Rechnungsjahr 2006).**

Berichterstatter ist Herr LTAvg. Erich Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

**LTAvg. Prattes (10:14 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Mitglieder der Landesregierung! Ich darf folgenden Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Finanzen zum Tagesordnungspunkt 1, Ausschussbehandlung, bringen.

Aufgrund der Novellierung der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages werden alle Geschäftsstücke, wo auch der Landesvoranschlag, nunmehr in Permanenz vom Landtagspräsidenten zugewiesen, sodass die sonst übliche Budgetrede des Landesfinanzreferenten am vormaligen Zuweisungslandtag nicht mehr stattfinden kann. Die im Steiermärkischen Landtag vertretenen Fraktionen ersuchen den Landesfinanzreferenten dennoch eine Budgetrede vor Abhaltung des Budgetlandtages zu den politischen Vorgaben des Landesvoranschlages 2006 zu halten, weshalb sie nachfolgenden Antrag stellen.

Der Ausschuss für Finanzen stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den Steiermärkischen Landtag und damit die Öffentlichkeit über die Zielvorgaben des Landesvoranschlages 2006 umfassend zu informieren.

Ich bitte um Annahme. (10:16 Uhr)

**Präsident:** Ich danke für die Berichterstattung Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Buchmann.

**Landesrat Dr. Buchmann (10:16 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung und des Landtages, liebe Gäste und Vertreter und Vertreterinnen der Medien, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Heute vor 15 Tagen haben sich die Vertreter der Regierungsparteien darauf geeinigt, ein gemeinsames Budget für 2006 vorzulegen. Bekanntlich, und wir haben es soeben gehört, arbeiten wir aktuell im Rahmen eines so genannten Budgetprovisoriums. Mit dieser Einigung hat aus meiner Sicht die Vernunft gesiegt. Ich würde allerdings nicht von einem großen Sieg sprechen, der uns Anlass gibt hier und heute in Jubel auszubrechen. Ich würde ihn auch gar nicht inserieren. Es war auch kein besonders überraschender Sieg. Wenn nämlich in der Politik die Vernunft unterliegt und das soll schon vorgekommen sein, haben in aller Regel die Entscheidungsträger versagt. Das Ergebnis der Budgetverhandlungen 2006 war so etwas wie ein „Pflichtsieg“ der Vernunft. Ein Pflichtsieg, der die Steiermark vor einer ausweglosen Schuldenfalle bewahrt! Das Budget 2006 ist ein Pflichtsieg der Vernunft, ohne den wir aus der Liga der erfolgreichen Wirtschaftsregionen Europas in die Abstiegszone geraten würden. Wie schnell man aus der Champion's League sportlich und finanziell in ein Debakel schlittern kann, erleben wir aktuell. Apropos Sport: Parallelen kann man hier viele erkennen, doch gibt es auch einen großen und entscheidenden Unterschied. Die Auswirkungen von mehr oder weniger professionellem Sportmanagement betreffen Clubs, Spieler, Funktionäre und Fans. Finanz- und Wirtschaftspolitik hat Folgen für die Zukunft eines ganzen Landes und seine Menschen. Ich freue mich daher, Ihnen heute mein erstes Budget vorzustellen. Mein Dank gilt allen, die daran mitgewirkt haben und zwar engagiert, dem Budgetausschuss und der Regierung sowie den Experten

des Finanzressorts und der politischen Büros. Wir sind heute Weichensteller für den Standort Steiermark. Wenn wir diese Aufgabe ernst nehmen, müssen wir uns zwei Fragen beantworten:

- 1.) Was können wir mit einem vernünftigen Budget gewinnen? Und,
- 2.) was würden wir mit einem maßlosen Haushalt verlieren?

Das weit verbreitete Misstrauen in die Politik entsteht vor allem dadurch, dass manche Politiker glauben, die Wahrheit nicht ungeschminkt sagen zu können. Stattdessen meinen sie, die Lage beschönigen zu müssen. Weil es leichter ist und mehr Applaus bringt, gute Nachrichten zu verkünden als schlechte. Für Politiker, die es nicht nur gut, sondern auch ernst meinen, kann es damit nicht getan sein, das Geschehen mehr oder weniger treffend zu kommentieren. Wir dürfen nicht nur beobachten und reagieren. Wir müssen verstehen, was warum passiert und vorausschauend richtig agieren. Proaktiv sozusagen. Wenn das Wirtschaftsforschungsinstitut für heuer ein reales Wirtschaftswachstum von 2,4 Prozent prognostiziert, ist das eine Steigerung um 0,5 Prozent im Vergleich zu 2005. Das bedeutet immerhin um ein Fünftel mehr Wachstum. In der Steiermark verdanken wir diese Zunahme einem starken Anstieg der Industrieproduktion und der guten Exportentwicklung. Zugleich wissen wir, dass der private Konsum zwar real um 2 Prozent zunehmen soll, damit aber unter der realen Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes bleiben wird. Die Steiermark steht im Bundesländer-Vergleich nach wie vor sehr gut da: Wir hatten 2005 mit einem Plus von 1,4 Prozent einen höheren Beschäftigungszuwachs als Österreich im Gesamtschnitt. Auch die Bruttowertschöpfung der steirischen Wirtschaft lag im Vorjahr über dem Bundesschnitt. Das Unternehmen Steiermark ist also erfolgreich. Wer die durchaus schwierigen Rahmenbedingungen bei der Erstellung des Landeshaushalts als Vorwand nimmt, das Land schlecht zu reden, um „volle Kraft zurück“ auszurufen, richtet somit aus meiner Sicht Schaden an. Zwei Voraussetzungen, die ein Unternehmen auf Expansionskurs unbedingt braucht, sind Handlungsspielraum und Bewegungsfreiheit. Übersetzt auf unser Budget und den immer härteren nationalen und internationalen Standort-Wettbewerb heißt das: Sparen, wo es sinnvoll möglich ist und zugleich in Wachstum investieren. Investieren dort, wo neue Arbeitsplätze entstehen und bestehende gesichert werden. Investieren dort, wo es unserer Wirtschaft und vor allem für die Zukunft unserer Jugend am meisten bringt. Man muss kein großer Ökonom sein, um zu verstehen, dass man

a) auf Dauer nicht mehr ausgeben kann, als man einnimmt und

b) sich nicht immer mehr ausborgen kann, ohne das Geborgte wieder zurück zu geben. Wenn wir uns für 2009 das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts gesetzt haben, dann erscheint das auf den ersten Blick nicht als besonders hoher Anspruch. Vielleicht, weil es im Prinzip eine ähnliche Aufgabe ist vor der jede Familie jeden Monat steht. Dass es sich mit einem Landeshaushalt nicht ganz so einfach verhält wie mit dem Haushaltsgeld einer Familie, liegt nicht nur an der Größe. Wir reden heute immerhin von einem Budget von rund 4,1 Milliarden Euro, also etwa einem Siebtel des regionalen Bruttoinlandsproduktes der Steiermark. Wir haben es auch mit äußeren Einflüssen zu tun, die uns das Leben in der Politik aber auch für die Menschen ziemlich schwer machen. Ich meine damit jene Faktoren, die wir politisch kaum oder gar nicht verändern oder gar verhindern können. Zum Beispiel das Bevölkerungswachstum: Jeder Steirer weniger ist auch ein finanzieller Verlust. Allein der Bevölkerungsrückgang nach der letzten Volkszählung kostet uns jedes Jahr fast 70 Millionen Euro an gemeinschaftlichen Steuereinnahmen des Bundes. Zum Beispiel Steuerreformen des Bundes: Steuersenkungen sind eine feine Sache, jedenfalls freuen sich alle, die am Monatsende mehr Geld aufs Konto bekommen. Auf den Konten der Länder schaut es anders aus: Dort fehlt dieses Geld. Die Steiermark hat in den letzten Jahren gut gewirtschaftet: 17 von 40 Kompetenzzentren befinden sich in unserem Bundesland. Wir sind nach Wien der zweitgrößte Fachhochschulstandort in Österreich, um nur zwei Beispiele nachhaltiger Politik anzuführen. Die Methode der Budgeterstellung mittels Einmal-Effekten, also ohne langfristige Einsparungen, funktioniert allerdings nicht auf unbeschränkte Zeit. Man kann bekanntlich Eigentum nur einmal verkaufen, um es dann wieder zurückzumieten. Unsere Standards im Sozial- und Gesundheitsbereich zählen zu den höchsten in Österreich. Das ist keine Schande, im Gegenteil. Allerdings befinden wir uns hier in einer selbst aufgestellten Kostenfalle, aus der es kein Entrinnen mehr gibt, wenn wir nicht jetzt und tatsächlich jetzt einen Ausweg schaffen. So

lange wir jeden Tag eine Million Euro für den operativen Verlust, eine Million Euro für den operativen Verlust unserer Krankenanstalten aufwenden müssen, wird sich die Rechnung langfristig nicht ausgehen. Immer wieder wird über die stetig wachsende Spitze der Alterspyramide gejammert. Ja, es stimmt: Die Zahl der freizeitaktiven Senioren nimmt stärker zu als die der berufsaktiven jungen Erwerbstätigen. Auch dazu ein klares Bekenntnis: Wir sind stolz auf unsere hohen medizinischen und sozialen Standards und wir können auch stolz darauf sein, dass ältere Menschen ihren Ruhestand heutzutage länger und mit mehr Lebensqualität genießen können als vor 20 oder 30 Jahren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn es um soziale Sicherheit, Gesundheit und Wohlstand geht, ist die Politik den Wählern aber nicht nur Leistungen schuldig. Wir sind den Menschen auch die Wahrheit schuldig. Und zu dieser Wahrheit gehört die Offenheit, klar auszusprechen, was ein Land, was die öffentliche Hand leisten kann. Aber auch, was sie nicht leisten kann. Es ist verständlich, dass sich jeder Steuer- und Gebührenzahler so viel an Gegenleistungen wünscht wie nur möglich. Wir als Volksvertreter müssen aber auch klar machen, wer all das finanziert. Wenn jeder alles von der öffentlichen Hand bekommen soll, bezahlt irgendwann jeder alles selbst. Es führt daher kein Weg daran vorbei, die großen Pflichtausgaben in ihrer Dynamik zu bremsen und unter Kontrolle zu bekommen. Wir haben in der Regierung einen Weg eingeschlagen, von dem ich sicher bin, dass es ein aktiver und sogar mutiger Weg ist. Ein Weg, der dem Land Steiermark langfristig wieder mehr Handlungsspielraum schaffen wird. Es war zu Beginn kein einfacher Weg: Trotz klarem Auftrag zur Null-Basis-Budgetierung und in Kenntnis des tristen Kassastandes sind manche Regierungsmitglieder mit Wunschzetteln in die Verhandlungen gekommen, deren Erfüllung in Summe einen Abgang von rund 566 Millionen Euro verursacht hätte.

Sie werden verstehen, dass ich anfangs in Sorge war, ob ich den Begriff „Null-Basis-Budgetierung“ vielleicht schlecht kommuniziert haben könnte. Etwa so, dass man „Null-Spar-Budget“ hätte verstehen können. Für alle, die vielleicht noch immer nicht ganz sicher sind, was gemeint war: „Null-Basis“ heißt schlicht und einfach, dass jede, und zwar wirklich jede Ausgabe auf ihre Notwendigkeit und Angemessenheit zu überprüfen ist. „Null-Basis“ heißt jedenfalls nicht, die Vorjahresausgaben als Sockel zu betrachten und etwas draufzuschlagen.

Ich will hier und heute noch einmal klar machen, was geschehen wäre, wenn ich gesagt hätte: „Na gut, wir haben alle unser Möglichstes getan, um einzusparen, was geht. Mit weniger kommen wir halt nicht über die Runden.“ Professor Lehner hat die Konsequenz aus so einer Vorgangsweise errechnet: Hätten wir nicht die Notbremse gezogen, dann müssten wir bereits 2010 jeden Tag rund 330.000 Euro, also rund eine Drittelmillion für Darlehenszinsen ausgeben. Und zwar ausgehend vom aktuellen Zinsniveau. Das wären 120 Millionen Euro pro Jahr, nur um die Zinsen unserer Schulden zu bezahlen. Da ist von einer Verringerung des Schuldenstandes noch keine Rede.

120 Millionen Euro, das wäre rund ein Drittel der gesamten Ermessensausgaben unseres Budgets. Vergessen wir dabei eines nicht: Die „Ermessensausgaben“ sind zwar nur 8,4 % des Gesamtbudgets 2006, aber es sind genau jene Ausgaben, mit denen man Politik effektiv gestalten kann.

Fast 3,8 Milliarden Euro unseres Haushaltes sind die „Pflicht“, 345 Millionen bleiben uns für die „Kür“. Diese Ermessensausgaben sind jene Mittel, mit denen wir Akzente setzen können. Akzente bei so wesentlichen Zukunftsthemen wie zum Beispiel Umwelt, Bildung, Forschung, Wirtschaft, aber auch die Kultur.

Ginge dieser Spielraum verloren, stünde unser Land in nicht allzu ferner Zukunft als reiner Systemerhalter da. Gefesselt an Verpflichtungen und Schuldendienste – ohne Möglichkeit, sich dynamisch weiter zu entwickeln. Künftige Generationen hätten Jahrzehnte damit zu tun, für die Fehler der Vergangenheit – also unsere heutigen Versäumnisse – zu bezahlen.

Wie auch immer: Wir haben uns letztlich bei einem Abgangsbudget von rund 160 Millionen Euro gefunden, also eine um rund 100 Millionen Euro geringere Neuverschuldung gegenüber dem vorläufigen Ergebnis des Rechnungsabschlusses 2005.

Stellt man die 30 Verhandlungsstunden des Budgetausschusses den dabei erzielten Einsparungen in Höhe von 400 Millionen Euro gegenüber, darf der Budgetausschuss mit seiner Stundenbilanz durchaus zufrieden sein. *(Beifall bei der ÖVP)*

---

Das viel zitierte Milchmädchen könnte nun ausrechnen, dass 12 weitere Stunden am Verhandlungstisch uns dorthin gebracht hätten, wo wir 2009 sein wollen, also bei einem ausgeglichenen Budget.

Um derlei Spekulationen vorzubeugen, ein klares Wort dazu: Freilich wäre ein noch radikalerer Sparkurs möglich gewesen, zumindest theoretisch. Aber ein solcher Sparkurs hätte die Steiermark soweit eingebremst, wie es in Anbetracht der anziehenden Konjunktur aus meiner Sicht unangemessen und kontraproduktiv wäre.

Das Ergebnis, das ich heute dem Landtag vorlege, ist ein Konsolidierungsbudget, das uns 2006 gut über die Runden bringt und in die Lage versetzt, als letztes Bundesland den innerösterreichischen Stabilitätspakt zu unterzeichnen.

Da nach zähem Ringen der Regierungsparteien jeder seinen Beitrag geleistet hat, war es für manche der Beteiligten vielleicht sogar ein großer Schritt. Für die Steiermark war es mit Sicherheit erst ein kleiner Schritt, dem 2007 und 2008 noch deutlich größere folgen müssen und ich sage dazu, werden.

Lassen Sie mich nun auf einige Schwerpunkte und strukturelle Maßnahmen im Rahmen des Haushalts 2006 etwas näher eingehen:

Wir müssen und werden die Kosten unserer Landesverwaltung senken. Die Devise dafür lautet: Dezentralisierung und Kundenorientierung. Der Reformvorschlag soll bis Ende des Jahres vorliegen.

Das Personalressort muss Einsparungen in Höhe von 10,3 Millionen Euro erzielen. Das geschieht einerseits durch einen generellen Aufnahmestopp, von dem nur sensible Bereiche ausgenommen sind und zugleich durch eine Kürzung der Ausgaben für Zulagen und Nebengebühren in Höhe von 10 %.

Wir werden in mehreren Ressorts in Hinblick auf Vereinfachungen und Kostensenkungen auch Ausgliederungen prüfen. Dazu gehören zum Beispiel die Pflegeheime, wo ich mir aus einer Kooperation mit der Krankenanstaltengesellschaft die größten Synergien verspreche. Der Straßenerhaltungsdienst, die Material- und Bodenprüfstelle, die Kfz-Prüfhalle, das landwirtschaftliche Versuchszentrum sind zu untersuchen.

Im Bereich der Landwirtschaft werden wir mögliche Synergien genau unter die Lupe nehmen. Das gilt insbesondere für die Weiterführung einzelner Landwirtschaftsschulen. Hier werden wir die regionalen Notwendigkeiten hinterfragen und bei der Finanzierung der Lehrer sehr genau auf die Ausgewogenheit im Verhältnis zum Bundesanteil achten.

Wir werden die gesetzlich festgelegten Abrechnungsmethoden und -termine mit den Sozialhilfeverbänden prüfen.

Die Krankenanstalten-Gesellschaft bekommt vom Land im Übergangsjahr 2006 einen Gesellschafterzuschuss in Höhe von 337 Millionen Euro, davon 302 Millionen Euro als Darlehen und 35 Millionen aus dem Gesundheitsfonds.

Für die Jahre 2007 bis 2010 gilt es, einen mehrjährigen Finanzierungsvertrag auszuverhandeln, der den einzelnen Krankenhäusern Rechts- und Planungssicherheit gibt.

Die Krankenanstalten – und das ist mir wichtig – sind definitiv kein Einsparungsoffer dieses Budgets. Nicht zuletzt auch deshalb, weil vom Bund zusätzlich Finanzmittel in Höhe bis zu 21 Millionen Euro dem Gesundheitsfonds zufließen. Alle beschlossenen Investitionsprojekte werden weiter verfolgt, wobei die KAGes in Eigenverantwortung nach alternativen Finanzierungsformen suchen muss. Auch für die Rückzahlung dieser Gelder hat die KAGes aus eigener Kraft zu sorgen. Dass das Land als Eigentümer für Kredite der Gesellschaft haftet, versteht sich von selbst.

Die langfristige Finanzierbarkeit unseres Gesundheitssystems ist jedoch ohne ernsthaften Reformwillen nicht machbar. Jetzt könnte man sich angesichts der Standort- und Beschäftigungsgarantien aus der Vergangenheit zurücklehnen und sagen: „Was wir auch probieren, viel können wir sowieso nicht bewegen.“ Man kann aber auch darüber nachdenken, welche – aus zahlreichen Studien über das Spitalswesen herauszulesenden – Verbesserungsschritte doch jetzt schon eingeleitet werden könnten, und was die bereits gesetzten Maßnahmen gebracht haben.

Die Regierungsparteien haben sich in der Budgetvereinbarung darauf geeinigt, dass alle Ressorts die in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich fallenden Gebühren und Entgelte auf Angemessenheit prüfen und allfällige Anpassungsvorschläge einbringen.

Ich mache an dieser Stelle kein Hehl aus meiner persönlichen Überzeugung: Wenn eine Regierung ihre Hausaufgaben nicht sorgfältig genug macht, darf sie die Fehler nicht auf dem Wege von Gebührenerhöhungen oder gar neuen Steuern auf die Bürger abwälzen.

Schon gar nicht, wenn Teile der Regierung auf Dividenden aus Landesbeteiligungen – hier meine ich die Energie Steiermark – großzügig verzichten. (*Beifall bei der ÖVP*)

Es gibt aus meiner Sicht keine Alternative als eine ausgabenseitige Konsolidierung des Budgets!

Auch wenn die Ertragsanteile des Bundes seit 2000 nur um 4,2 % gestiegen sind, ist die Steiermark beileibe kein armes Bundesland. Wir stehen vor der gleichen Herausforderung wie fast alle Gemeinden, Länder, wie der Bund und wie viele öffentliche Einrichtungen: Wir müssen effizienter und effektiver werden und das heißt im Grunde nichts anderes, als dass wir mit weniger oder gleich bleibenden Mitteln mehr und noch Besseres leisten müssen.

Dazu einige Zahlen aus einem Bundesländer-Vergleich, den Professor Lehner im Auftrag des Finanzressorts Anfang dieses Jahres angestellt hat:

Seinen Berechnungen zufolge lagen unsere Ausgaben für Kinderbetreuungseinrichtungen im Jahr 2004 mit 1.688 Euro pro Kind um rund 45 % höher als beispielsweise die von Salzburg und Kärnten und noch rund um 30 % über jenen von Oberösterreich.

Noch deutlicher ist der Unterschied bei den Netto-Sozialausgaben. Hier gibt die Steiermark pro Leistungsbezieher fast doppelt so viel aus wie Niederösterreich. Im jüngsten Bericht des Staatsschuldenrates weist daher Professor Frisch die Steiermark als das Bundesland mit den höchsten Sozialausgaben Österreichs aus.

Eine kleine Anmerkung dazu: In den Rekord-Sozialausgaben des Vorjahres war die neue Wohnbeihilfe noch gar nicht berücksichtigt. Es ist uns trotz Kürzung der Bundeszuschüsse aus eigener Kraft gelungen, die Wohnbauförderung vor allem für Jung- und Großfamilien fortzuführen. Ein weiterer Schwerpunkt im Wohnbau ist natürlich die thermische Sanierung von Altbauten, welche das Land Steiermark in Erfüllung des Kyoto-Klimaprotokolls weiterhin unterstützen wird.

Wenn wir uns mit anderen Bundesländern vergleichen, dürfen wir nicht nur an mögliche Kostensenkungen durch geringere Ausgaben denken, sondern auch an die Ko-Finanzierung durch Gemeinden und Dritte. Die Steiermark ist hier im Bundesländer-Vergleich bei weitem am großzügigsten.

Gemessen an Oberösterreich, dessen Gemeinden nach der Steiermark am zweitwenigsten zu den Sozialausgaben und den Kosten für die Krankenanstalten beitragen, hätte sich laut den Berechnungen von Professor Lehner, 2004 ein theoretisches Einsparungspotenzial von 210 Millionen Euro ergeben. Ein Potenzial, das wir nicht – und ich betone nicht – ein Potential das wir nicht nutzen werden, denn die Regierung dieses Landes bekennt sich dazu, ihre Gemeinden nicht zusätzlich zu belasten. (*Beifall bei der ÖVP*) Wir wollen die Gemeinden nicht zusätzlich belasten, sondern sie entlasten und unterstützen. Im Bundesländer-Vergleich hat die Steiermark auch die höchsten Transfersummen zwischen Land und Gemeinden. Unsere Gemeinden sind unverzichtbare Konjunkturmotoren, sie tätigen rund die Hälfte aller öffentlichen Investitionen, womit nicht zuletzt Tausende von Arbeitsplätzen geschaffen bzw. gesichert werden. Das Wachstumspaket für die steirischen Gemeinden, dotiert mit mindestens 15 Millionen Euro, soll noch heuer den Start wichtiger kommunaler Infrastrukturprojekte wie Schulen, Kindergärten oder Wegesanierungen ermöglichen. Beispielhaft für das Engagement des Landes im kommunalen Bereich seien zwei Großprojekte im Westen unserer Landeshauptstadt angeführt: Die längst fällige Sanierung des Sportbades Eggenberg und die Tennisakademie „Musterland Steiermark“. Der Vollständigkeit halber darf klar gesagt werden, dass beide Vorhaben – Eggenberg und Musterland – ohne die Bereitstellung von Mitteln aus der Wohnbauförderung nicht realisierbar wären. Die Umwidmung von Wohnbaumitteln kommt auch dem Umweltressort zugute: Hier gibt es Beiträge für die Förderung des Einbaus von Partikelfiltern in Dieselmotoren und den Anschluss an Fernwärme- und Ferngasnetze. An dieser Stelle will ich allfällige Sorgen der steirischen Bauwirtschaft zerstreuen: Die umgewidmeten Gelder aus dem Zweckzuschuss für Wohnbauförderung werden zu keinem Rückgang des geförderten Wohnbaus führen. Jedenfalls ist zu hoffen, dass unser Umweltreferent nicht nur im Interesse unserer Atemwege

---

mit den zusätzlichen Mitteln keinen, ich sage, unnötigen Staub aufwirbelt. *(Beifall bei der ÖVP)* 32.000 Menschen sind in den rund 7.000 steirischen Gastronomie- und Beherbergungsbetrieben beschäftigt. Wenn das Tourismusland Steiermark im internationalen Wettbewerb bestehen und gewinnen will, kann das nur über weitere Qualitätssteigerungen gelingen. Daher wurden im Budget 2006 Mittel für Investitionsförderungen für Sanierungen und Neubauten ebenso eingeplant wie finanzielle Unterstützungen für touristische Großveranstaltungen und regionale Leitprojekte. In Zusammenhang mit der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Steiermark ist eines ganz klar festzuhalten: Trotz oder gerade wegen der bedauerlichen Bruchlandung der Styrian Spirit – die aus meiner Sicht zu vermeiden gewesen wäre – dürfen wir das Thema „Flugverbindungen in die und aus der Steiermark“ nicht ad acta legen. Wir erleben zurzeit steigende Ticketpreise und den drohenden Verlust der Zürichverbindung. Beides schadet dem Wirtschaftsstandort Steiermark. Wenn wir über Förderungen zur Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Steiermark reden, müssen wir uns mit einer guten und mit einer schlechten Nachricht abfinden.

Die gute Nachricht lautet, dass die Steiermark in der Strukturförderungsperiode 2007 bis 2013 hauptverantwortlich das EU-Programm „Regionale Wettbewerbsfähigkeit“ abwickeln wird und mit 137 Millionen Euro österreichweit die meisten Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung - kurz EFRE - erhält. *(Beifall bei der ÖVP)* Die schlechte Nachricht ergibt sich aus dem Vergleich mit der Periode 2000 bis 2006. Gegenüber diesem Zeitraum stehen uns um 67 Millionen Euro weniger Fördermittel zur Verfügung. Die Kürzung um fast ein Drittel, trifft uns in Anbetracht zehn neuer EU-Mitglieder und der wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte der Steiermark zwar hart, aber nicht wirklich überraschend. Unsere Konsequenz daraus kann nur sein, dass wir uns zum einen noch mehr als bisher auf unsere bestehenden Stärkefelder, nämlich Automotiv, Holz, Werkstoffe, Informationstechnologie konzentrieren. Zum anderen gilt es, das Wachstum der erkannten Potenzialfelder nach Kräften zu beschleunigen. Beispielhaft seien hier die Humantechnologie, die Umwelt- und Nahrungsmitteltechnologie, der Bereich Engineering und die weltweit boomenden Creative Industries angeführt. Es reicht nicht aus, wenn wir in der Steiermark gute Ideen haben und uns andere vorzeigen, wie man damit Geld verdient. Innovation kann daher für uns nur heißen, dass wir gute Ideen bestmöglich umsetzen und schneller – ich betone schneller - als andere auf den Markt bringen. Der Pionier der Innovationsforschung Everett Rogers hat dies so formuliert: „Innovation = Invention + Exploitation“. Mit Mut und Kreativität Neuland zu betreten, ist eine Stärke vieler unserer Unternehmen. Bei der Markterschließung können wir mit effizienten Förderprogrammen entscheidende Hilfe leisten. Die Steiermark liegt mit einer Forschungsquote von 3,7 Prozent im Spitzenfeld der europäischen Regionen und erfüllt bereits jetzt spielend die in Lissabon und Barcelona festgelegten F & E Quoten der EU. Wir wollen diese Position weiter ausbauen, indem wir Forschung als Querschnittsmaterie definieren, die im Wesentlichen alle Ressorts betrifft. Durch die Einbindung internationaler Forschungsgrößen und das Netzwerk des neu geschaffenen Forschungsrates wollen wir die Hebeleffekte für das „Innovationsland Steiermark“ insgesamt verstärken. In Zusammenhang damit dürfen wir nicht auf unsere Fachhochschulen vergessen, die in nationalen und internationalen Rankings Spitzenplätze einnehmen. Wir wollen und werden den Fachhochschulstandort auf seinem hohen Niveau weiter ausbauen. Dass der Entfall der Studiengebühren dem Image der FH Joanneum sonderlich nutzt und notwendig war, wird sogar von vielen Studierenden – von denen die sozial Benachteiligten ohnedies die Chance auf Stipendien nutzen können – angezweifelt. Das Budget 2006 erlaubt uns auch die Realisierung von Sondermaßnahmen. Erwähnen will ich hier beispielhaft - den Museumsquadranten des Landesmuseum Joanneum, - den Erwerb der erforderlichen Grundstücke für das Projekt Spielberg NEU. Und gestatten Sie mir dazu eine Anmerkung: Ich lese heute in den Medien, dass es eine Irritation gäbe. Ich sage Ihnen, es ist eine Win-Win-Situation durch den Beschluss der Landesregierung, der gestern beschlossen wurde. Es ist erstens ein Gewinn für den Steuerzahler, weil wir erwerben das Recht, diese Grundstücke im Umweltverträglichkeitsverfahren zu nutzen - zu günstigen Konditionen. Das Verhandlungsteam hat hart aber fair mit den Grundstückseigentümern verhandelt. Ich bedanke mich für diese harten aber fairen Verhandlungen auch bei den Grundstückseigentümern. *(Beifall bei der ÖVP)* Und zweitens, braucht einer der

---



künftigen Projektbetreiber nicht irritiert sein, weil die Landesregierung hat beschlossen, dass in einer allfälligen Förderung die Grundstückskosten eingerechnet sind. Das heißt, jeder Euro weniger, der in Grundstückseinkäufe investiert werden muss, schafft eine zusätzliche Möglichkeit im Rahmen der europäischen Spielregeln, ein allfälliges Projekt auch zu fördern. Und ich sage Ihnen deutlich, mit Grundstückskosten, die unter

10 Prozent der Gesamtprojektkosten liegen, ist ein solches Projekt realisierbar. Mit Grundstückskosten, die über 70 Prozent der Gesamtkosten des Projektes liegen, wäre ein Projekt Spielberg NEU nicht realisierbar. Wir sind dafür, dieses Projekt zu realisieren. *(Beifall bei der ÖVP)* Zu den beispielhaften Sondermaßnahmen gehört auch das Verkehrsinfrastrukturprogramm, mit dem bis zum Jahr 2010 mit insgesamt 100 Millionen Euro eine Reihe von Großbauvorhaben begonnen, weitergeführt und abgeschlossen werden soll, und die Beteiligung der Steiermark am neuen Kompetenzzentrenprogramm. Wir haben mit dem Budget 2006 einen ersten Schritt getan, dem wie gesagt weitere, deutlich größere Schritte folgen müssen. Was wir sehr wohl geschafft haben, ist eine Kursänderung, die uns vor der Schuldenfalle bewahrt. Wir legen ein deutliches Bekenntnis zum Sparen ab, anstelle nach Auswegen über neue zusätzliche Abgaben zu suchen. Wir denken und rechnen zwar weiterhin in Jahresetappen, aber wir haben für 2009 ein klares Ziel vor Augen: Das ausgeglichene Landesbudget. Es muss uns allen klar sein, dass ein ausgeglichenes Budget nicht dem Selbstzweck dient, aber auch nicht dem Image des Finanzreferenten. Diese Regierung hat in den nächsten Jahren die Chance – ja, aus meiner Sicht sogar die Pflicht – die Ergebnisse ihrer Arbeit viel mehr als bisher messbar zu machen. Die Einhaltung unserer Budgetvorgaben ist nur einer von vielen Messindikatoren. Das Wirtschaftsressort wird unter anderem die Effizienz unserer Politik mit einem neuen Wirtschaftsradar laufend kontrollieren und dabei sehr genau beobachten, wo wir im Vergleich mit anderen europäischen Regionen tatsächlich stehen.

Bevor die Analysten von Standard and Poor's die Steiermark im Rating statt mit Double-A-Plus, also AA+, mit Triple-A, also AAA, bewerten, werden sie sich ganz genau anschauen, wie und ob sich die uns zuletzt attestierten Standort-Schwächen, insbesondere die starre Landesverwaltung und der Kostendruck durch das öffentliche Gesundheitswesen, verändert haben.

Und auch wenn es „nur“ ein innerösterreichischer Stabilitätspakt ist, wird man international sehr wohl registrieren, wenn ein Bundesland, wenn eine Region die gemeinsamen Ziele einer stabilitätsorientierten Finanzpolitik ignoriert und nicht dabei ist.

Als Finanz- und Wirtschaftslandesrat werden Sie zum Thema Standort-Rating von mir nichts anderes hören, als das Ziel Triple-A.

Ich habe es schon bei unterschiedlichen Anlässen gesagt und sage es heute erneut deutlich: Wer die drei A anstrebt, also zu den Besten der Guten gehören will, der schafft es dorthin ganz bestimmt nicht mit Triple-Z, nämlich mit Zögern, Zweifeln und Zwängen. Unser Erfolg wird daran zu messen sein, wie gut wir es verstehen, Triple-I, also die drei I, zu leben, nämlich Ideen, Innovationen und Initiativen. *(Beifall bei der ÖVP)* Ich bin überzeugt, dass gerade eine vermeintlich trockene und starre Materie wie ein Landesbudget dringend neue Ideen und innovative Maßnahmen braucht. Entscheidend für das Gelingen unserer Vorhaben, für den Erfolg und auch für die Glaubwürdigkeit unserer Politik ist aber das dritte I – die Initiative, es besser zu machen.

In diesem Sinne appelliere ich an alle Damen und Herren Abgeordneten des Landtages – wie auch immer sie sich vorgenommen haben, zu diesem Budget zu stehen – wenigstens mit sich selbst darüber ins Reine zu kommen, dass nicht nur das Eingehen eines Risikos, sondern auch der „Weg der Vernunft“ manchmal eine Frage des Mutes sein kann.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.47 Uhr)*

**Präsident:** Herr Landesrat, ich danke Ihnen für die Präsentation des Budgets 2006.

Es gibt Wortmeldungen. Als Erster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Ernest Kaltenegger. Ich erteile ihm das Wort.

**LTabg. Kaltenegger (10.48 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Als Pflichtsieg der Vernunft wurde die Budgeteinigung zwischen SPÖ und ÖVP bezeichnet. Man sei clever und smart gewesen, hieß es.

Tatsächlich ist dieser Budgetentwurf Ausdruck einer Mischung aus Rat- und Mutlosigkeit. Die letzten Reste des Familiensilbers werden verkauft und allerletzte Geldreserven, die unter anderem auch Rückstellungen für Verbindlichkeiten sein sollen, werden ausgeräumt. Dies scheint mir vor allem im Bereich der Wohnbauförderungsmittel besonders problematisch zu sein.

Das sogenannte Wachstumsbudget wird aus Liegenschaftsveräußerungen im Ausmaß von 68,5 Millionen Euro finanziert. Dabei betont man, dass dies ein letztes Mal geschehen soll. Wohl eine Selbstverständlichkeit, möchte man nicht mit dem Gesetz in Konflikt kommen. Schließlich kann eine Liegenschaft nur einmal verkauft werden. Und bis auf die Burg und das Landhaus wurde schon fast alles zu Geld gemacht.

Erst vor wenigen Wochen – Sie werden sich wahrscheinlich noch daran erinnern – haben wir uns hier mit einem Bericht des Bundesrechnungshofes über eine Prüfung der Stadt Graz befasst. Der Rechnungshof kritisierte besonders die Immobilientransaktionen der Stadt Graz zum Zweck des Stopfens von Budgetlöchern. Da werden Immobilien an eigene Gesellschaften verkauft und wieder zurückgemietet. Wörtlich im Bericht des Rechnungshofes: „Der Rechnungshof hielt die Immobilienverkäufe an die Gesellschaft für unzumutbar, weil sie keine nachhaltige Verbesserung der finanziellen Lage der Landeshauptstadt, sondern wegen der nunmehr abzudeckenden Mietaufwendungen langfristig gesehen das Gegenteil bewirken.“ Im Klartext: Künftige Budgets werden noch schwieriger zu erstellen sein als die derzeitigen.

Und beim Land macht man jetzt genau das Gleiche, was der Bundesrechnungshof an der Stadt Graz kritisiert hat.

Möchte man wirklich die Probleme lösen, wird man um die Erschließung neuer Einnahmequellen nicht herumkommen. Und da gibt es nur zwei Wege: Entweder man dreht weiter an der Massensteuerschraube und verschärft den Sozialabbau oder man versucht für Gerechtigkeit zu sorgen und holt sich das fehlende Geld bei den kräftig gewachsenen großen Vermögen. Hierzu fehlt allerdings der Mut!

Die Lobbyisten der Reichen und Superreichen waren auf diesem Gebiet äußerst erfolgreich. Sie haben die Meinung der politischen Entscheidungsträger bedeutend beeinflusst. Es kann nicht einmal einen bescheidenen Vorschlag geben, der in Richtung Besteuerung von Reichen geht, ohne dass man gleichzeitig schon so reagiert, als hätte jemand soeben den Vorschlag gemacht, den Petersdom abzureißen.

So ist die Meinung der politischen Entscheidungsträger auch bei uns.

Dabei müsste nicht einmal das Rad neu erfunden werden, sondern man bräuchte lediglich die Steuergeschenke an die Reichen und an die Superreichen rückgängig machen, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten gemacht wurden.

Natürlich können solche Fragen nicht allein im Land entschieden werden, da vieles in die Bundeskompetenz fällt. Aber selbst vor relativ kleinen Schritten, die von uns entschieden werden können, wie die Einführung einer Nahverkehrsabgabe, ähnlich der Wiener U-Bahn-Steuer, zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs in der Steiermark, selbst vor so kleinen Schritten schreckt man zurück.

Solange nicht offen über solche Grundsatzfragen diskutiert wird, wer mehr für das Allgemeinwohl leisten kann und muss, kann es keinen Ausweg aus der derzeitigen Misere der öffentlichen Haushalte geben und wir werden auch in den nächsten Jahren über die gleichen Probleme diskutieren - unter noch schwierigeren Voraussetzungen als sie es jetzt sind.

Danke schön! (*Beifall bei der KPÖ – 10.53 Uhr*)

**Präsident:** Ich danke dem Herrn Klubobmann für seine Wortmeldung.

Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

**LTAbg. Lechner-Sonnek (10.54 Uhr):** Herr Präsident, verehrte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer!

Ich habe mich in den letzten Tagen, als ich die Zeitungsmeldungen über die Budgeteinigung gelesen habe und auch nach einem Gespräch mit dem Herrn Landesrat Buchmann, für das ich mich bedanke, öfter gefragt, warum ist das nicht so richtig aufregend? Warum habe ich nicht das Gefühl, da ist etwas Neues dabei? Warum kommt mir das alles so seltsam vertraut vor?

Ich zitiere Ihnen aus meiner Unterlage: (*LTAbg. Mag. Drexler: Unverständlicher Zwischenruf*) „Es geht um eine äußerst straffe Ausgabenpolitik. Es geht um Änderungen bei den Zuschüssen des Landes an die Krankenanstalten. Es wird über Neuregelungen in der Wohnbauförderung gesprochen, die den Spielraum des Landes erweitern sollen, und von einem geplanten Verkauf von Beteiligungen und Liegenschaften, um den Saldo zu verbessern.“

Meine Damen und Herren, ich habe nicht aus der aktuellen Unterlage von Landesrat Buchmann zitiert, sondern aus einer Unterlage „Budgetpolitik des Landes Steiermark 2001 bis 2004“.

Landesrat Paierl hat das ganz gleich gemacht. Was lernen wir daraus? Es hat nicht funktioniert, sonst wären wir nicht heute wieder an derselben Stelle und die Ideenfindung, die Kreativität, die Lösungskompetenz sind enden wollend. Man sieht die alten Mittel sind wieder aufgelistet. Der Klubobmann Kaltenegger hat darauf hingewiesen, das letzte Familiensilber wird abgestoßen, die letzten Liegenschaften werden verkauft. Es sind Einmaleffekte, die bekannten Einmaleffekte, die nicht nur nicht dauerhaft Probleme lösen, sondern neue Probleme schaffen. Wie wir alle wissen, muss man für ein Haus, das einem nicht mehr gehört, Miete bezahlen, wenn man drinnen ist. Das sind neue Ausgaben, die wir in diesen Budgets haben werden. Und man hat auch irgendwie das Gefühl, dass das Budget – bzw. was über das Budget gesagt wird – insgesamt eher eine in die Vergangenheit gerichtete Sache ist. Es sind alte Probleme aufzuarbeiten. Es wurde sehr lange viel zu viel ausgegeben. Es wurde sehr lange nicht daran gedacht, was man für die Zukunft tut. Nämlich, den eigenen Handlungsspielraum einzuschnüren. Ganz offensichtlich ist auch dieses Budget wieder so konzipiert, dass man die alten Fehler und Probleme zu lösen versucht. Politische Gestaltung, meine Damen und Herren, spielt sich hier mit diesem Budget und mit diesem Ansatz ein Budget zu erstellen, offensichtlich nicht ab. Sie kennen vielleicht diesen klassischen Spruch über Budget. „Das Budget ist der in Zahlen gegossene politische Wille eines Landes.“ In unserem Fall - bei uns passiert politische Gestaltung ganz anders. Also, ich habe in den 5 Jahren, die ich da herinnen bin noch nicht erlebt, dass darüber gesprochen wurde, wie wir mittelfristig die Entwicklung des Landes Steiermark wollen, und sich das dann im Budget niedergeschlagen hätte. Das ist hier nicht Konvention. Hier geschehen politische Entscheidungen oftmals aus dem Handgelenk. Herberstein ist das bekannteste und am deutlichsten sichtbare Beispiel. Und wenn ich das sage, spreche ich von Handlungen, spreche ich von einer Art der Politik, wie sie SPÖ und ÖVP pflegen. Beide Regierungsparteien! Nullbasis-Budgetierung, wie sie der Herr Landesrat Buchmann vorher angesprochen hat, würde freilich ganz etwas anderes heißen. Sie haben gesagt, Herr Landesrat, da geht es darum zu schauen, ob alles was wir tun angemessen und sinnvoll ist. Ja, ja, das ist schon richtig. Aber wie kann man diese Frage beantworten? Wie kann man beantworten, ob etwas angemessen und sinnvoll ist, wenn nicht, in dem man vorher gesagt hat, was man tun will. Wenn ich nicht weiß wohin ich will, dann ist kein Mittel angemessen und sinnvoll. Wenn ich nicht ausweise, und das muss ich als Politikerin und Politiker tun und das ist etwas anderes als in einem privaten Haushalt, wenn ich nicht ausweise was für mich ein politisches Ziel ist, dann kann ich kein Mittel beurteilen, ob es sinnvoll oder angemessen ist. (*LTAbg. Mag. Drexler: „Das ist im privaten Haushalt gleich!“*) Das heißt, die politische Kultur - das ist im privaten Haushalt gleich, der Herr Klubobmann Drexler gibt mir Recht – auch wir hier würden das dringend brauchen. (*LTAbg. Mag. Drexler: „Sie haben gesagt, dass es etwas anderes ist!“*) Wir würden brauchen, dass die Politik den Mut hat zu sagen, in den nächsten Jahren soll es in der Steiermark dort hin gehen. Das sind die Ziele. Öffentlich diskutiert, gemeinsam entschieden und das sind jetzt die Gelder, die wir dafür einsetzen. Das passiert aber nicht. Bei uns wird Politik anders gemacht, anderswo gemacht. Wir haben im Übrigen mittlerweile ein Innovationsressort. Ich weiß nicht, ob Ihnen das aufgefallen ist. Das ist offensichtlich das Wirtschaftsressort. Wir haben ein

---

Zukunftsressort. Wir haben ein Lebensressort. Wir haben sehr viele hübsche Etiketten. Jedes Jahr sind die Unterlagen neu und bunt gestaltet. Wir haben den Versuch, ein Image zu erzielen. Aber meine Damen und Herren, was wir hier nicht haben und das auch an diesem Budget eindeutig sichtbar ist: Wir haben nicht den Versuch wahrzunehmen, was ist eigentlich los in diesem Land und was ist los rund um dieses Land? Was sind die Herausforderungen? Haben Sie hier irgendetwas über Arbeitsplätze gehört? Haben Sie irgendwie wahrnehmen können, dass es ein großes Ziel ist, diese unerträgliche Situation am Arbeitsmarkt zu beenden? Einen massiven Beitrag des Landes zu leisten, haben Sie das gehört? Ich nicht. Da gibt es Erkenntnisse und Studien „sonder Zahl“, die uns zeigen, dass zum Beispiel durch eine Energiewende in der Steiermark Tausende Arbeitsplätze zu schaffen wären. Daraus wird aber nichts gemacht! Das ist nicht nur eine Frage, dass der Herr Landesrat Seitinger z.B. immer wieder über seine alte Hackschnitzelanlage erzählt. Das ist zu wenig. Da braucht es massive, gemeinsame Anstrengungen verschiedener Ressorts. Der Herr Landesrat Buchmann hat vorher gesagt, es reicht nicht aus, wenn bei uns die guten Ideen sind und wer anderer setzt sie um. Ist passiert, meine Damen und Herren. Und passiert täglich. Schauen Sie sich Oberösterreich an, schauen Sie sich Salzburg an oder Vorarlberg. Die machen das, was in der Steiermark in Sachen Energiewende, Alternativenergie entwickelt worden ist, zu wirtschaftlichem Erfolg in ihren Bundesländern. Und wir? Hier oben auf der Regierungsbank ist man nicht bereit, die eigenen Ressortgrenzen zu überschreiten und in dieser Sache zusammen zu arbeiten. Nach wie vor nicht! Obwohl man weiß, was da für ein Potential drinnen ist.

Nächster Punkt, wo ist der Energieschub? Wo ist der Kompetenzschub im Bildungsbereich? Wo ist denn das? Die ganze Zeit Artikel über Pisa und wie alles schlecht läuft und wie sich die Welt ändert und wie wenig unsere Kinder darauf vorbereitet sind. Haben Sie das Gefühl, dass unser Budget dazu angetan ist, die jungen Menschen in der Steiermark da auf einen richtigen Weg zu bringen und zu unterstützen sich gut entwickeln zu können, auch im Interesse der Wirtschaftskraft des Landes? Ich habe nichts davon gehört. Oder, eine entschlossene Positionierung in Sachen Gentechnikfreiheit, gentechnikfreie Zone als eine Zukunftschance, nicht nur für die Landwirtschaft. Auch für den Tourismus, auch für die gesundheitliche Situation unserer Bevölkerung. Gerade heute wird es wieder in einem Unterausschuss eine Debatte geben. Da gibt es nichts. Das meine Damen und Herren, ist unsere Zukunft! Hier braucht es Entscheidungen. Hier braucht es Dotationen im Budget. Vom Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel will ich ja gar nicht reden. Wir erleben derzeit gerade, wie wenig wichtig dies offensichtlich den Personen ist, die hinter mir auf der Regierungsbank sitzen. Aber das wird darüber entscheiden, wie integriert die Steiermark in Europa ist. Das wird entscheiden, wie die Steiermark damit umgehen kann, was es an neuem Verkehr aus den neuen Ländern der EU geben wird, aus den Erweiterungsländern. Das wird über unsere Lebensqualität entscheiden, meine Damen und Herren. Und da brauche ich gar nicht den Feinstaub zitieren. Möchte bei der Gelegenheit meine Erschütterung kundtun darüber, dass der Herr Landesrat Wegscheider unlängst gesagt hat, „Feinstaub ist ja eine leichte Angelegenheit“, dadurch was er bei Sturm und GAK zu erleiden und zu leisten hatte. Darüber werden wir uns noch gesondert unterhalten, Herr Landesrat. Was mich auch noch sehr berührt hat: Was sagen eigentlich die Regierungsparteien über das Budget und wie es zustande gekommen ist? Sie haben gesagt: „Wir haben es geschafft. Die Vernunft hat über den Streit gesiegt.“ Die Regierungsparteien sind schon stolz, meine Damen und Herren, wenn sie ihren öffentlich ausgetragenen Streit für ein paar Stunden oder für ein paar Tage unterbrechen können, um ein gemeinsames Budget zu beschließen. Das ist die Verfassung des Landes Steiermark! Das ist die Verfassung dieser Regierung, meine Damen und Herren. Die Regierungsparteien sind so auf sich selbst und auf einander bezogen, dass sie nicht wahrnehmen, was die Herausforderungen sind, denen sich die Landespolitik stellen muss, sondern sie bekommen ihre Choreographie gerade so lange hin, sodass sie gemeinsam ein Budget entscheiden können. Es wird ohnehin am nächsten Tag flott weiter gestritten. Keine Sorge.

Landesrat Paierl hat gesagt in dieser Unterlage – und es berührt mich wirklich eigenartig, dass so wenig weiter gegangen ist in den letzten Jahren und dass man immer wieder dort ansetzt, bei den selben alten und wie wir sehen untauglichen Rezepten, er hat gesagt: „Die Steiermark ist ein

Risikopatient mit Heilungschancen.“ Und dann sagte er: „Nach der Genesung der steirischen Wirtschaft, muss auch der Landeshaushalt fit werden.“ Meine Damen und Herren, ich wünsche der steirischen Wirtschaft und dem Landeshaushalt, dass sie fit werden. Beides von Herzen. Ich habe nur überhaupt nicht das Gefühl, dass das mit dieser Budgetpolitik zu erreichen ist.

Danke. *(Beifall bei den Grünen – 10.54 Uhr)*

**Präsident:** Ich danke der Frau Klubobfrau für die Wortmeldung. In der Zwischenzeit freue ich mich, dass unter uns die Schülerinnen und Schüler der Volksschule Gasen unter der Leitung von Frau VL Deutsch sind. Ich begrüße Sie herzlichst und freue mich über das Interesse an der parlamentarischen Arbeit in der Steiermark. *(Allgemeiner Beifall)*.

Sie haben nur heute das Pech, dass die Sitzung nicht sehr lange anhalten wird, denn eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft. Die Einladung zur nächsten Sitzung des Steiermärkischen Landtages erfolgt auf schriftlichem, d.h. elektronischem Weg.

Die Sitzung ist beendet.

Ich ersuche nun den SPÖ Klub in den Rittersaal. In der Folge, den KPÖ Klub und dann die Grünen zum vereinbarten Fototermin.

Die Sitzung ist geschlossen. *(Ende der Sitzung: 11.05 Uhr)*